



Deutscher
Familienverband
Der Familie verpflichtet

Der Präsident des Landtags NRW
- Präsidialbüro -

Eing. **2 6. OKT. 2001** Tgb.

Weiterleitung an:
 PB
 Direktor
 GB I
 GB II
 Vizepräsident/in
 GB III

mit der Bitte um:
 Kenntnisnahme
 weitere Veranlassung
 Rücksprache
 Grußwortentwurf
 Stellungnahme
 Antwortentwurf

Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Landesgeschäftsführung
Hüttenstr. 11
40215 Düsseldorf
Telefon 0211 - 37 77 74
Fax 0211 - 99 44 090
E-Mail: Dt.Familienverband.NRW@t-online.de

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
13. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
13/ 1141
A09+ A06

Deutscher Familienverband -Hüttenstr.

Herrn
Ulrich Schmidt
Platz des Landtags 1
40002 Düsseldorf

Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband

Düsseldorf, 25. Oktober 2001

Offener Brief an den Ministerpräsidenten, Ministerin Birgit Fischer und die Abgeordneten der Regierungsfractionen sowie zur Kenntnis an die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP und Presseverteiler

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Ministerin Fischer, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete sowie sehr geehrte VertreterInnen der Presse,

der Deutsche Familienverband Landesverband NRW möchte Sie im Vorfeld Ihrer Haushaltsberatungen auf die katastrophalen Auswirkungen der für den Landeshaushalt 2002 vorgeschlagenen Kürzungen für Finanzmittel in den Bereichen Jugend- und Familienhilfe aufmerksam machen.

Wir fordern Sie auf, sämtliche Kürzungen in diesem Bereich abzulehnen und die entsprechenden Mittel mindestens in der Höhe des Vorjahres zu belassen.

Der Entwurf des Leitantrages - KINDER-FAMILIE-ZUKUNFT- für den SPD-Bundesparteitag in Nürnberg berechtigt zu den schönsten Hoffnungen auf eine zupackende innovative Fachpolitik der SPD auf allen politischen Ebenen.

Zitat einiger Leitsätze:

“Bis zum Regierungswechsel 1998 herrschte mehr als ein Jahrzehnt in der Familienpolitik Stillstand.....

Sozialdemokratische Familienpolitik richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus. Für uns stehen die Kinder im Mittelpunkt. Wir wollen Benachteiligungen von Familien und besonders von Müttern abbauen. Wir wollen eine neue Balance von Beruf und Familie, weil das den Kindern zugute kommt und den Wünschen ihrer Eltern entspricht. Wir wissen: DAS IST AUS ÖKONOMISCHER SICHT VERNÜNFTIG UND IM DEMOGRAPHISCHEN WANDEL GEBOTEN”.

Jugend- und Familienpolitik findet im Wesentlichen in der Kommune statt. Wenn wir beispielsweise unsere Angebote im Bereich der qualifizierten Kinderbetreuung endlich auf europäisches Niveau anheben wollen, müssen unsere Städte und Gemeinden handlungsfähig bleiben.

Keimzellen für den Ausbau von Angeboten freier Träger und Elterninitiativen in diesem Bereich sind häufig offene Jugendfreizeitstätten. Das nordrhein-westfälische Familienministerium wünscht ausdrücklich die Vernetzung der Jugendhilfe mit der Betreuung von Schulkindern. Außerdem ist die offene Kinder- und Jugendarbeit eine der Säulen des Frühwarnsystems zur Feststellung individueller Problemlagen von Kindern und Jugendlichen sowie genereller negativer Trends in deren Lebenswelt als Grundlageninformation für eine zielgerichtete Jugendpolitik.

Allein für den Rhein-Sieg-Kreis würde der Kürzungsvorschlag für die Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit gemessen an den Zahlen von 2001 einen Verlust von 118.000 Euro - also 34 % - bedeuten.

Die steigenden Bedarfsfälle in der Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen sowie bei dem Einsatz von Erziehungsbeiständen gebieten uns alle Anstrengungen im Bereich von präventiven Maßnahmen für die positive und ungehinderte Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen zu verstärken.

Auch fachfremden Finanzpolitikern müsste verständlich zu machen sein, dass eine bedarfs-orientierte Jugend- und Familienpolitik mittel- und langfristig kostensenkende bzw. kostenvermeidende Auswirkungen auf die Sozialpolitik haben kann.

Im Klartext: Wir möchten auch weiterhin Eltern bei der Erziehung Ihrer Kinder unterstützen und vor allem sozial benachteiligten Kindern eine positive Entwicklung ermöglichen, statt in zunehmenden Maße korrigierend und für teures Geld in die Erziehungskompetenz der Eltern einzugreifen oder noch später jugendliche "Problemfälle" mit aufwendigen Projekten in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mit der gleichen Argumentation lehnen wir die Kürzungsvorschläge in folgenden Bereichen kategorisch ab:

- Landeszuweisung für Leistungen nach dem Unterhaltsgesetz
- Finanzmittel für dringend notwendige kommunale Erziehungsberatungsstellen
- die unzureichende Steigerung der Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten (tatsächliche Steigerung der tariflichen Personalkosten = 2 %)
- Förderung von Erholungsmaßnahmen für Kinder und Familien.

Die Absicht der Landesregierung, Familienerholungsmittel ersatzlos zu streichen, hat in mehrfacher Hinsicht kontraproduktive Wirkungen. Zum einen bedeutet dies erneut einen Wegfall eines präventiven Familienförderangebotes. Bislang konnten jedes Jahr ca. 3000 einkommensschwache Familien an diesen außerordentlich wirkungsvollen Maßnahmen partizipieren.

Gemeinsame Ferien leisten einen erheblichen Beitrag für den Familienzusammenhalt. Zum anderen müssen diese Angebote auch als ein Mosaikstein der Arbeit mit einkommensschwachen Familien und Familien in besonderen Belastungssituationen gesehen werden. Durch diese Maßnahmen ist es den Verbänden erst möglich, diese Zielgruppe zu erreichen, um dann auch weitere notwendige Hilfeangebote in der Folgezeit anbieten zu können.

Mit der ersatzlosen Streichung dieser Mittel gefährden und entziehen Sie nicht nur vielen Verbänden und Trägern dieser Maßnahmen die Existenzgrundlage, sondern schwächen auch die mit Landesmitteln finanzierten Familienferienstätten und gefährden eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Diese 3,6 Millionen DM Landesmittel waren bislang wirklich gut investiert hinsichtlich (Folge-)Wirkung und Zielgruppenorientierung. Wir fordern Sie daher eindringlich auf, diese Mittel wieder bereit zu stellen.

Die meisten anderen Bundesländer gewähren ebenfalls Familienerholungsmittel, weil sie um die Vorzüge dieser mit LM geförderten Maßnahmen wissen.

Zu den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz wäre noch anzumerken, dass nach Angaben des statistischen Bundesamtes in 2000 ca. 30 % der Kinder und Jugendlichen mit einem alleinerziehenden Elternteil zusammenlebten. Diese Zahl zeigt uns, dass die seit längerem steigende Inanspruchnahme dieser Mittel wohl kaum zurückgehen wird. Um so unverständlicher wäre hier eine weitere Verlagerung der Finanzlast auf die maroden Haushalte der Kommunen. Damit wird der dringend benötigte finanzielle Handlungsspielraum der Kommunen für die Gestaltung familienfreundlicher Initiativen eingeschränkt.

Neben der Verpflichtung, Jugend- und Familienpolitik als zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge zu sehen, rückt die besorgniserregende demographische Entwicklung immer stärker in den politischen Vordergrund. Bislang noch verhalten ist die Rede von ökonomischen Zusammenhängen. Vielleicht liegt es an der unrühmlichen nationalsozialistischen Mutterkreuzpolitik oder der sozialistischen Familienpolitik in der DDR, dass das naheliegende Thema Bevölkerungspolitik nirgends offen angesprochen wird. Alle entsprechenden Untersuchungen und Befragungen ergeben, dass viele junge Menschen gerne mehr Kinder hätten, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch bessere Strukturen gestützt würde und wenn die finanzielle Situation junger Familien nicht so schlecht wäre.

Vergleiche mit dem europäischen Ausland zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen guten familienpolitischen Strukturen und höheren Geburtenraten.

Die gesamtdeutsche demographische Entwicklung lässt Wissenschaftler, auch unter Berücksichtigung eines bundespolitischen Zuwanderungskonzeptes, mittelfristig Zusammenbrüche von sozialen Systemen wie Altersversorgung und Krankenversicherungen prognostizieren.

Wir rechnen schon jetzt mit zukünftig fehlenden Arbeitskräften. Es muss doch jedem deutlich sein, dass Maßnahmen gegen die allseits konstatierte Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien das oberste Gebot politischen Handelns erfolgen müssen.

Wenig beachtet wird dabei auch die Wirtschaftskraft junger Familien mit Kindern als Konsumenten. Aus diesem Blickwinkel ist die Wirtschaft gefordert, als Partner der öffentlichen Hand Jugend- und Familienpolitik finanziell zu unterstützen. Jugend- und Familienpolitik mit all ihren Facetten muss endlich aus der Falle der Wohlfahrtspolitik und der vermeintlich freiwilligen Leistungen heraus in den Focus aller politisch Verantwortlichen rücken.

Die familienpolitische Offensive der SPD auf Bundesebene und viele Denkansätze aus dem nordrhein-westfälischen Familienministerium zeigen uns den richtigen Weg. Es gilt jetzt auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen, diese Politik auf allen Ebenen durchzusetzen.

Bitte helfen Sie uns, den Menschen vor Ort nachzuweisen, dass die politischen Verantwortlichen in NRW sich ihrer Verantwortung stellen.

Auch angesichts der angespannten Haushaltslage (z.B. steigende Belastungen durch Pensionsaufwendungen, Subvention des Kohlebergbaus etc.) müssen verstärkte Anstrengungen in der Familienförderung unternommen werden. Unsere Mitglieder haben uns aufgefordert, die beabsichtigten Kürzungen nicht hinzunehmen. Diesen Auftrag werden wir aufnehmen und mit anderen familienbezogenen Verbänden den Widerstand gegen familienrelevante Kürzungen kommunizieren und organisieren. Dies werden wir in den nächsten Wochen deutlich machen.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Hepenstrick
Landesvorsitzende